

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Nami Dönhof 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 5
Druckerschrift: Copadient

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abhängig von der Zahl der Seiten der dem Druckverleger, wenn nicht anders vereinbart ist, Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 31. Mai 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die Präsidentialregierung.

Und was sich dahinter versteckt.

SPD. Als das Kabinett Brüning ins Amt trat, wurde es mit Hilfe eines Schlagwortes getauft. Man nannte es das Kabinett der Frontsoldaten. Nun ist es aus mit dem Kabinett der Frontsoldaten, in der allgemeinen Verwirrung, die sein plötzlicher Sturz auf Betreiben unverantwortlicher Kreise hervorgerufen hat, ist ein neues Kabinett noch nicht sichtbar, aber der Name dafür ist schon gefunden: Präsidentialregierung! Keine Regierung, kein Regierungsprogramm, keine Klarheit über das, was geschehen soll, aber Gott sei Dank das Wort ist da. Denn immer wenn Begriffe fehlen, dann stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein!

Was soll das heissen Präsidentialregierung? Jede streng verfassungsmässige Regierung ist im gewissen Sinne eine Präsidentialregierung, denn der Reichspräsident ernennt den Reichskanzler und die Minister. Nach Artikel 54 der Reichsverfassung aber bedürfen der Reichskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages und jeder von ihnen muss zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluss sein Vertrauen entzieht. Von der Gültigkeit dieses Verfassungsartikels ist auch eine sogenannte Präsidentialregierung nicht dispensiert. Wenn auch die Auswahl des neuen Kabinetts nicht von Fraktionen des Parlaments mitbestimmt wird, sondern in erster Linie vom Reichspräsidenten, so bleibt ein solches Kabinett dennoch abhängig vom Parlament - solange die Reichsverfassung gilt!

Die Bezeichnung Präsidentialregierung erhält aber einen besonderen Sinn, wenn man sich die Namen ansieht, die für die Mitglieder eines neuen Reichskabinetts genannt werden. Da ist von Braun-Ostpreussen, von Dewitz, von Knebel, Graf Kalckreuth, von der Osten, von Neurath, von Schlieben, Graf Schwerin-Krosigk, von Papen, Freiherr von Lüninck. Die Herren sind alle mehr oder weniger deutsch-national, grossagrarisches und adlig. Von nicht Adligen hört man die Namen Dr. Brandes von der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer, und den Industriellen Dr. Lange. Der grösste Teil von ihnen gehört zu den persönlichen Freunden des Reichspräsidenten. Man spricht auch von einem Kabinett der Persönlichkeiten. Dieser Name wäre also zu übersetzen: Kabinett der persönlichen Freunde!

Will man unter Präsidentialregierung ein Kabinett verstehen, das einen grundsätzlichen Gegensatz zu einer von Parteiengetragenen Regierung bilden soll, so muss man folgendes feststellen: Man sieht heute schon, welchen herrlichen politischen Fortschritt eine solche Präsidentialregierung gegenüber einer Parteienregierung darstellt! Da wirken und bestimmen nicht mehr grosse Parteikörper in voller Öffentlichkeit, sondern hinter den Kulissen werden im Dunkeln von unverantwortlichen Kliquen Regierungen gestürzt und Regierungen gemacht. Das Volk erkennt dann erst an der Hand der neuen Ministerlisten, wer die Männer und Kräfte sind, die im Dunkeln schieben, um sein Schicksal zu bestimmen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Liste der Namen, die jetzt in der Öffentlichkeit genannt werden, sehr interessant. Sie enthält Männer, die schon lange dafür bekannt sind, dass sie im Dunkeln drängen und schieben. Man erkennt die

Interessenten aus dem Grossagrariertum und aus der Industrie. Man fühlt, wie Zugehörigkeit zu Klubs und Korps wieder von Einfluss sind. Das ist wohl das so viel berufene "neue System" im Gegensatz zum bisherigen "System"? Man kennt die Hetze gegen das sogenannte System, die vornehmlich von den Nationalsozialisten geführt wird! Diese sogenannte Arbeiterpartei wird völlig entlarvt sein, wenn die Männer des neuen Systems restlos aus den Kreisen des grossagrarisches Adels stammen!

Das Wort Präsidialkabinett eröffnet aber noch eine weitere Aussicht. Es soll die Vollmacht zur Auflösung des Reichstags erhalten, es soll also bewusst ein Kabinett ohne das vorgeschriebene Vertrauen des Reichstags sein, das den Versuch unternimmt, in Reichstagswahlen eine Mehrheit für sich erst zu schaffen. So bezeichnet das Schlagwort Präsidialregierung den Versuch, den Nationalsozialisten, die nach der Auflösung des Reichstags schreien, entgegen zu kommen. Es ist nur noch die Frage, ob dies Präsidialkabinett mit oder ohne Nationalsozialisten gebildet wird. Ob es ein reines Uebergangskabinett sein wird, oder ob es bereits die Züge eines Rechtskabinetts nach der Reichstagswahl tragen wird. Nach der Liste der Männer, die heute genannt werden, ist es jedoch vollständig klar, wohin der Kurs gehen soll. Mit ganz geringen Ausnahmen stammen sie samt und sonders aus Kreisen, die Interessenten einer kommenden Inflation sind. Hier begegnen sie sich mit den Absichten der Nationalsozialisten. Nun wird es klar, was das Programm der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und ihr Kampfesgeschrei gegen "das System" bedeutet: die Bevölkerungsschichten, die Opfer einer kommenden Inflation sein müssten, sollen mobilisiert werden, um die Nutzniesser einer kommenden Inflation an die Macht zu bringen!

Wie harmlos ist doch der Name Präsidialregierung, wenn man ihn misst an dem Unheil für das deutsche Volk, das sich hinter diesem harmlosen Namen verbergen kann.

SPD. Der Reichspräsident hat am Dienstag-Abend den früheren Zentrumsabgeordneten des Preussischen Landtags von Papen mit der Neubildung einer sogenannten "Regierung der nationalen Konzentration" beauftragt. von Papen hat den Auftrag, wie nicht anders zu erwarten war, angenommen.

Noch bevor von Papen, der deutsch-nationale Parteigänger im Zentrum, mit der Neubildung der Reichsregierung beauftragt war, erteilte die "Germania", ohne Nennung von Papens, diesem seltsamen Reichskanzlerkandidaten folgende Absage:

"Zahlreiche Namen, unter denen sich viele befinden, die in solchen Situationen immer aufzutauchen pflegen, werden genannt. Es verlohnt sich kaum, sie hier wiederzugeben, da sie doch lediglich mehr oder weniger haltlosen Kombinationen entspringen. Da diese Gerüchte auch die Möglichkeit verzeichnen, dass eine Persönlichkeit des Zentrums zur Führung der neuen Regierung berufen werden dürfte, muss man doch verwundert fragen, warum denn eigentlich die Krise entfesselt wurde, wenn Herr Brüning einfach durch einen anderen Zentrumsmann ersetzt werden soll! Es wird jedenfalls keine Persönlichkeit geben, die sich als Führer oder Mitglied des neuen Kabinetts darauf berufen könnte, Vertrauensmann der Zentrumspartei zu sein."

Der deutsch-nationale Parteigänger im Zentrum, Herr von Papen, mit dem das Zentrum, wie die Auslassungen der "Germania" zeigen, als Reichskanzler nichts gemein haben will, soll, wie amtlich verlautbart wird, eine "Regierung der nationalen Konzentration" bilden. Man braucht sich nur die Ministerkandidaten für diese "nationale Konzentrationsregierung" - fast ausschliesslich

adlige Grossgrundbesitzer und Schwerindustrielle - anzusehen, um einen Begriff davon zu erhalten, was es mit dieser "nationalen Konzentrationsregierung" auf sich hat. Wieder einmal bedient man sich eines Schlagwortes, hinter dem sich das Gegenteil von dem verbirgt, was es besagt.

Inwieweit es Herrn von Papen schliesslich gelingt eine Regierung auf die Beine zu stellen, bleibt abzuwarten. Aber selbst wenn es gelingen sollte, wird sich die Lebensfähigkeit dieser Regierung erst noch erweisen müssen.

SPD. Paris, 31. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Radikale Partei hat am Dienstag mit ihren Beratungen über die Regierungsbildung begonnen.

Am Vormittag fand zunächst eine Sitzung der Kammerfraktion statt, in der beschlossen wurde, den bisherigen Vorstand mit Herriot an der Spitze bis auf weiteres bestehen zu lassen und die endgültige Konstituierung der Fraktion bis nach der Gültigkeitserklärung der Wahlergebnisse und der Kabinettsbildung zu verschieben. Am Mittag wurde ein "Siegesessen" unter dem Vorsitz Herriots veranstaltet, dem zahlreiche Parlamentarier und Mitglieder der Partei beiwohnten. Am Schluss des Banketts hielt Herriot eine Rede, in der er auf die Lebenskraft der Radikalen Partei hinwies und hinzufügte: "Die Zukunft wird reich an Pflichten sein. Ich werde für die Gesamtheit der grossen menschlichen Interessen arbeiten. In einem äusserst schwierigen Augenblick werde ich mit allen meinen Kräften, mit aller meiner Erfahrung versuchen, die Sache des Friedens und die Sache Frankreichs zu verteidigen. Aber ich will meine Politik nicht auf dem Elend irgend eines Volkes aufbauen. Man wird von Frankreich keine egoistischen Handlungen in einer Stunde zu befürchten haben, in der in der ganzen Welt so viele Missverständnisse bestehen. Ich werde auch dem Volk dienen, dem ich an gehöre. Wir wollen für das Wohl aller arbeiten. Weil ich mein ganzes Leben lang vom Hass verfolgt worden bin, wird der Hass niemals in meinem Herzen zu finden sein." Die Rede wurde mit grossem Beifall aufgenommen.

Um 4 Uhr nachmittags trat der Vorstand des Exekutivausschusses zusammen, um die Entschliessung vorzubereiten, die der am Abend stattfindenden Vollsitzung des Ausschusses als Antwort auf das sozialistische Programm vorgeschlagen werden soll. Während die Beratung in vollem Gange war, überbrachten zwei Sekretärinnen der Sozialistischen Partei einen Brief an den "Präsidenten der Radikalen Partei", in dem das Programm der Sozialisten und die Mitteilung enthalte war, dass eine Delegation zu seiner Verfügung stehe, um sich mit ihm über das Programm zu unterhalten. Den beiden Sendboten wurde die Antwort erteilt, dass der Parteivorstand von 6 Uhr ab bereit sei, die Delegation zu empfangen.

Um 6 Uhr abends trafen Léon Blum, Vincent Auriol, Renaudel und Lébas am Sitz der Radikalen Partei ein. Sie wurden von Herriot, Caillaux, Sarraut und Renault empfangen. Die Unterredung dauerte eine halbe Stunde und war in sehr freundschaftlichem Ton gehalten. Die sozialistische Delegation gab den radikalen Führern einige Erläuterungen zu ihrem Programm, worauf Herriot erklärte, da der Exekutivausschuss am Abend die Haltung der Partei festlege und seine Antwort am Mittwoch vormittag den Sozialisten übermitteln werde.

Der "Temps" schreibt zu dem sozialistischen Programm: "Die Beteiligung an der Regierung ist erledigt, bevor sie noch das Licht der Welt erblickt hat. Die Sozialisten werden nicht mit den Radikalen in einer Regierung zusammenarbeiten. Das ist das sehr deutliche Ergebnis der beiden Sitzungen, die der Sozialistische Kongress am Montag abgehalten hat. Der Kongress hat zum Gebrauch für die Radikalen Bedingungen formuliert, die keineswegs eine Diskussionsgrundlage darstellen, sondern die Elemente einer Art Ultimatum."

SPD. In ihrer Dienstag-Abendausgabe meldet die Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung", dass die preussische Regierung nicht in der Lage sei, ohne Reichshilfe am nächsten Termin die Gehälter voll auszuzahlen. Diese Behauptung ist frei erfunden. Die Juni-Gehälter für die Beamten sind pünktlich und restlos angewiesen worden.

SPD. Paris, 31. Mai (Eig. Drants.)

Der Sozialistische Kongress hat am Schluss seiner Dienstagvormittagsitzung das von Léon Blum ausgearbeitete und von der Entschliessungskommission in der Nacht gebilligte Programm für die Beteiligung der Sozialisten an einer Linksregierung fast einstimmig angenommen. Nur wenige Delegierte sprachen sich für eine in der Vormittagssitzung eingebrachte Entschliessung des mit den Kommunisten sympathisierenden linken Flügels der Partei aus, die jede Zusammenarbeit mit einer bürgerlichen Regierung ablehnt. Das von Léon Blum aufgestellte Programm lautet:

"Die Partei ist der Ansicht, dass der Ernst der aussen- und innenpolitischen Lage ihr nicht erlaubt, die Angebote, die ihr in bezug auf die Beteiligung an der Regierung von der radikalen Partei gemacht werden könnten, abzulehnen. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Parteien setzt das Vorhandensein eines gemeinsamen Programmes voraus. Die Sozialistische Partei definiert das Programm, das nach ihrer Ansicht durch die sofortige Notwendigkeit der Aktion bestimmt ist, folgendermassen:

1) Organisation des Friedens und Verständigung der Völker und oblatorische Schiedsgerichtsbarkeit; massive Herabsetzung der Militärausgaben, die auf den Stand der Kredite von 1928 zurückgeführt werden müssen und zwar im Laufe von zwei Finanzjahren, bezw. schneller, wenn es die Initiative erlaubt, die Frankreich in Genf im Hinblick auf den entwaffneten Frieden ergreifen muss.

2) Verbot des Kriegswaffenhandels, sofortige Kontrolle und Nationalisierung der Kriegsindustrie.

3) Ausgleichung des Budgets durch andere Massnahmen als durch Verringerung der Sozialausgaben oder der Kredite für den Unterricht und die Landwirtschaft oder die Kürzung der Löhne, Gehälter und Pensionen.

4) Schutz der Sparer und Kontrolle der Banken.

5) Verteidigung der landwirtschaftlichen Produktion gegen die Spekulation und die Absatzkrise durch Errichtung von Wirtschaftsämtern für Dummittel und Getreide.

6) Sicherung des Betriebes der Eisenbahn nicht durch Erhöhung der Tarife oder Verringerung der Löhne, sondern durch Organisation eines einheitlichen Staatseisenbahnnetzes und eines staatlichen Amtes für alle Verkehrsmittel.

7) Schaffung eines allgemeinen Versicherungssystems gegen Arbeitslosigkeit und gegen die der Landwirtschaft durch Unwetter verursachten Schäden. Dieses System kann nur durch die Rückkehr des privaten Versicherungsmonopols an die Nation durchgeführt werden.

8) Einführung der 40 Stundenwoche ohne Verringerung der Löhne gemäss dem Programm des Gewerkschaftsbundes.

9) Allgemeine Amnestie für politische Vergehen.

Dieses Programm setzt eine Mehrheit voraus, die alle Parteien der Reaktion, die bei den Wahlen geschlagen worden sind, ausschliesst. Seine Ausführung muss durch diese Methoden gesichert werden, die bestimmt sind, den Staat gegen die Uebergriffe der Geldmächte zu schützen.

SPD. Hamburg, 31. Mai (Eig. Draht.)

In dem Hamburger Kommunistenprozess wegen schwerer Raubüberfälle auf Wettbüros, in deren Verlauf ein Filialleiter erschossen wurde, verurteilte das Hamburger Schwurgericht den Rädelsführer Alberts wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes und Raubversuchs mit Todeserfolg zu 15 Jahren Zuchthaus und 8 Jahre Ehrverlust, den Schiesshelden Raddatz zu 14½ Jahren Zuchthaus. Drei Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen von 10, 6 und 5½ Jahren, andere 10 und 3 Monate Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

SPD. Rom, 31. Mai (Eig. Bericht)

Die Festwoche zu Ehren der nach Rom geladenen internationalen Ozeanflieger ist vorüber. Zwischen Banketten, Bällen, Ehrungen aller Art wurde in Kongresssitzungen beraten.

Alle, die den Ozean überflogen haben, unter ihnen die Deutschen Köhl, von Gronau und Zimmer, machten sich gemeinsam die ausgetauschten Erfahrungen zu nutze und berieten, ob ein regelmässiger Flugverkehr im Flugzeug über den Atlantik möglich sei und welche technische Mittel, welche Zeiten die besten dafür seien. Fast alle kamen zu dem Schluss, dass bereits jetzt ein ständiger Flugverkehr zur Wirklichkeit werden könnte. Nur fand die Kommission für den Nordatlantik, dass der Luftweg nach Nordamerika noch grossen Schwierigkeiten begegne, solange nicht Stützpunkte und schwimmende Inseln eingerichtet würden. Solange das nicht der Fall wäre, sei die Nordlinie über Grönland immer noch vorzuziehen. Inbezug auf den südlichen Atlantik war die Kommission einstimmig der Meinung, dass der regelmässige Verkehr im Flugzeug nach den südamerikanischen Ländern sofort möglich und durchführbar sei. Der Luftschiffahrtsminister Balbo, der den Vorsitz des Kongresses führte, erklärte, dass Italien schon in nächster Zeit einen ständigen Flugdienst nach Südamerika einzurichten beabsichtige.

SPD. Immer noch bildet der Roheitsexzess der Naziabgeordneten im Preussen Landtag das Glanz- und Paradestück in der Nazipresse und in den Naziversammlungen. Anfangs war es den Helden gar nicht so wohl und ihre Presse bemühte sich, die Naziabgeordneten als die verfolgten und schwer misshandelten Unschuldslämmer hinzustellen. Diese widerliche Maske ist jetzt abgelegt und voll Stolz, dass 162 "wöhlerprobt und stahlharte Kämpfer" etwa 50 Kommunisten mit Stuhlbeinen aus einem Saale prügeln, heisst deshalb die Ueberschrift eines Leitartikels: "Die Feuertaufe der Nationalsozialisten".

"Deutsche Hiebe" ruft es in Hamburg und der begeisterte Schlachtbericht schliesst: "Der deutsche Arbeiter der Stirn und der Faust ist erwacht". "Terror muss mit Terror gebrochen werden" verkündet der Berliner Berichterstatter der Nazipresse, hinzufügend, dass diese Kaschemenschlacht das "erste reinigende Gewitter" gewesen sei. "Die erste Saalschlacht im preussischen Landtag ist vorüber, die nationalsozialistische Fraktion singt mit erhobenem Arm das Horst-Wessel-Lied. Begeistert fallendie Tribünenbesucher ein!"

"Die NSDAP räumt Preussenlandtag ohne Gummiknüppel", wird von Berlin an das Stuttgarter Naziblatt gedrahtet, und im folgenden Siegesbericht heisst es: "Auch einzelne Sozialdemokraten, die ihren kommunistischen Genossen zu Hilfe eilen wollten und die Nationalsozialisten tätlich bedrohten, erhielten eine verdiente Tracht Prügel. Als besonderer Schreihals tat sich der SPD-Abgeordnete Jürgensen hervor, der jedoch bald handlungsunfähig aus dem Saal getragen werden musste. Nach einer Säuberung des Sitzungssaales durch die nationalsozialistische Fraktion, an deren Spitze die ehemaligen SA-Führer für Ordnung im Landtag sorgten. stimmten unsere 162... Unter brausendem Jubel der Tribünen ver-

lässt die Fraktion den Sitzungssaal mit einem Heil auf unsren Führer Adolf." Tags zuvor war es noch in der Nazipresse ein Kommunist, der den Sozialdemokraten Jürgensen schwer verletzt haben soll. Jetzt buchen bereits die teutonischen Recken auch diese Heldentat stolz auf ihr eignes Konto. Damit aber der Sieg noch grösser wird, muss selbst die gesamte sozialdemokratische Preussenfraktion in die Schlachtreihe eingelogen werden. 162 gegen 50, damit ist wenig zu imponieren und flugs kommen deshalb die 94 Sozialdemokraten hinzu. So lautet es im Naziorgan von Sachsen: "Kommunisten und Sozialdemokraten, die für ihren Landesfriedensbruch gehörige Prügel bezogen, werdensich in Zukunft hüten, die parlamentarische Arbeit wieder zu stören."

Aus diesen Heldenposen und verlogenen Darstellungen spricht immerhin so etwas wie böses Gewissen. Aber es ist interessant festzustellen, dass dies nur in den Naziblättern der industriellen Gegenden zu Tage tritt. In den ländlichen Bezirken ist die Nazipresse bereits ohne jedes Feigenblatt. "Jawohl, ein Vorgesmack des Dritten Reiches", ruft stolz über die ganze erste Seite die "Niedersächsische Tageszeitung". "Ein weiterer grosser Schritt zu dem Ziel, dass Hitler das Kommando über Deutschland erringt, war der Tag der Feuertaufnahme der nationalsozialistischen Fraktion Preussens", verkündet der schlesische "Beobachter", und sein in Schwerin erscheinender niederdeutscher Bruder schliesst seinen Artikel mit den Worten: "Möge das Beispiel der Preussenfraktion zum Symbol werden für die grosse Teufelsaustreibung aus dem furchtbar geplagten und vom Untergang bedrohten deutschen Volkskörper!"

Man muss in die Zeiten des 30jährigen Krieges zurückgehen, um ein Beispiel zu finden für eine derartige sittliche und geistige Verkommenheit, für eine solche Verwahrlosung und Verwilderung. Und jede Woche predigt in jedem dieser Naziblätter ein protestantischer Geistlicher vom Evangelium und von der gottgefälligen Freiheitsbewegung Adolf Hitlers.

SPD. Frankfurt/M., 31. Mai (Eig. Dr.)

Die ehemalige SA von Frankfurt a.M. soll nach Pressemeldungen als Propagandasturm in die NSDAP eingereiht worden sein. Der selbständige Charakter der SA bleibt gewahrt, indem kein Parteimitglied der NSDAP, das nicht vor dem SA-Verbot bereits Mitglied der SA war, Eintritt zu den Versammlungen der Propagandastürme hat. Die SA besteht nicht nur unter dem Namen "Propagandasturm" fort, sondern soll jetzt auch wieder regelmässige Ausmärsche und Übungen abhalten.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstages hat in seiner am Dienstagabend abgehaltenen Sitzung mit Mehrheit dem Reichstagspräsidenten die Vollmacht erteilt, den Reichstag sofort telegraphisch einzuberufen, sobald eine neue Regierung gebildet ist und diese ihre Bereitschaft zur Abgabe einer Regierungserklärung bekundet. Sollte sich die Abgabe einer Regierungserklärung über Erwarten lange hinauszögern, so würde der Reichstagspräsident den Ältestenrat nochmals zusammenberufen.

In der Sitzung des Ältestenrates des Reichstages am Dienstag wurde von den Oppositionsparteien den Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten unter Hinweis auf das Urteil des Staatsgerichtshofes für Preussen erneut der Zusammentritt des Reichstages am 6. Juni verlangt zwecks Fortsetzung der abgebrochenen Beratungen. Von deutschnationaler Seite wurde insbesondere betont, dass der Reichstagspräsident sich angesichts seiner pflichtmässigen Verantwortung für die Einberufung des Reichstages auf Grund etwaiger Anträge gemäss Artikel 24 der Reichsverfassung sich nicht hinter einer Mehrheit des Ältestenrates verstecken dürfe. Die Mehrheit des Ältestenrates trat aber der

der vom Reichstagspräsidenten bekundeten Rechtsauffassung bei, dass das Urteil des Staatsgerichtshofes für das Reich nicht bindend sein könne. In eine grundsätzliche Erörterung der Bedeutung des Urteils des Staatsgerichtshofes trat der Ältestenrat aber in dieser Sitzung nicht ein. Neuerdings wird die Rechtsauffassung vertreten, dass der Staatsgerichtshof für eine Entscheidung der Streitfrage der Reichstagseinberufung garnicht zuständig sei. Sollte dies zutreffen, so würde der Reichstagspräsident die Auffassung namhafter Staatsrechtslehrer über diese Frage einholen und die endgültige Klärung dann dem Reichstag selbst überlassen.

SPD. Bukarest, 31. Mai (Eig. Drahtb.)

Die rumänische Regierung Jorga ist am Dienstag abend zurückgetreten. Der König hat die Demission angenommen.

Ueber die Gründe des Rücktritts befragt, erklärte Jorga dem Bukarester Korrespondenten des "Soz. Pressedienst", dass die Regierung den Abschied genommen habe, weil sie nicht in der Lage gewesen sei, die erforderlichen Summen für die fälligen Beamtgehälter aufzubringen. An eine Auslandsanleihe sei gegenwärtig unter Berücksichtigung der ungünstigen Situation auf den internationalen Finanzmärkten nicht zu denken. Um die notwendigen drakonischen Sparmassnahmen, u. a. die vielfach vorgeschlagene Herabsetzung der Beamtgehälter auf die Hälfte, durchführen zu können, müsse eine neue starke Regierung auf den Plan treten. Wahrscheinlich werde der Londoner Gesandte Titulescu zur Bildung eines solchen Kabinetts nach Bukarest berufen werden.

In politischen Kreisen gilt indessen nicht der den Nationalzaranisten nahestehende Titulescu, sondern der bisherige Finanzminister Argeoitanu als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten. Argeoitanu ist enger Vertrauter des Königs und Vertreter der Politik der starken Hand.

SPD. Paris, 31. Mai (Eig. Drahtb.)

In Gardanne bei Marseille hat sich am Dienstag vormittag in einer chemischen Fabrik ein schweres Explosionsunglück ereignet. Ein mit chemischen Stoffen gefüllter Behälter explodierte aus noch unbekanntem Grund. Der 4 000 kg schwere Deckel wurde etwa 500 Meter weit fortgeschleudert. Sechs Arbeiter, darunter ein 15jähriger Lehrling, wurden getötet, sieben wurden verletzt, darunter einer schwer.

SPD. Am Dienstag-Mittag kam es in Berlin beim Aufziehen der Skagarek-Wache der Reichsmarine an mehreren Stellen zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Eine Frau wurde schwer verletzt. Mehrere Personen erlitten leichtere Verwundungen. 17 Nationalsozialisten wurden festgenommen.

Der Krawall war offensichtlich von den Nazis, die das Aufziehen der Wache zu einer Kundgebung benutzen wollten, provoziert. Während der Zusammenrottung hielt der Berliner Naziführer Dr. Goebbels vom Auto aus eine Ansprache "an sein Volk". Als die Polizeibeamten den Spuk verscheuchen wollten, wurden sie von den Nazis, unter denen sich übrigens auffallend viele Frauen und junge Mädchen befanden, mit Pflastersteinen bombardiert. Die Polizei musste von der Schusswaffe Gebrauch machen. Erst nach einiger Zeit gelang es die Ruhe wiederherzustellen.

SPD. Genf, 31. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Luftfahrtkommission der Abrüstungskonferenz hat am Dienstag gegen Deutschland, Russland und Ungarn das französische Manöver mit dem Fragebogen nach den militärischen Zielen für Luftbombardements an ein Unterkomitee verwiesen. Die Taktik des Aufhaltens der Konferenz ist damit nur halb durchkreuzt worden, da die Kommission zwar ihren Bericht ohne Rücksicht auf das Unterkomitee an die Generalkommission geben wird, Frankreich aber seine Stellungnahme in der Generalkommission von der Antwort des Unterkomitees abhängig machen kann. Durch diese Methode ist man in der Bestimmung von Flugwaffen mit Angriffscharakter keinen Schritt weitergekommen. In der Landkommission gab es eine ausgedehnte Erklärung über Tanks, zu deren Einreihung in die Angriffswaffen eindeutige Vorschläge von Deutschland, Russland und Ungarn vorliegen, während andere Delegationen die Tanks je nach ihrer Schwere in Angriffswaffen und weniger schädliche Waffen einteilen wollen.

SPD. Der mit der Regierungsbildung beauftragte Herr von Papen ist ein ausgesprochener Reaktionär, ein Feind der Gewerkschaften und insbesondere der Sozialdemokratie. Während seiner Tätigkeit im Preussischen Landtag hat er immer wieder versucht, das Zentrum nach rechts zu drängen. Aber er blieb in seiner Fraktion ein Eingänger. In weiten Zentrumskreisen gilt er als Phantast.

Von Papen ist ehemaliger Militär. Er gehörte vor dem Kriege der deutschen Botschaft in Washington als Militärattaché an. In Amerika hat er sich ebensowenig wie in seiner Laufbahn als preussischer Parlamentarier mit Ruhm bekleckert. Seine parlamentarische Laufbahn begann von Papen bald nach dem Kriege. Das Einzige, was man während dieser Zeit von ihm gehört hat, sind reaktionäre Reden ausserhalb des Parlaments. Später versuchte er seine politische Einstellung durch Einflussnahme auf das Berliner Zentrumsorgan, die "Germania", durchzusetzen. Er brachte den grössten Teil der Aktien dieses Blattes an sich und versuchte insbesondere in den letzten Jahren, seine Aktienmehrheit skrupellos auszunutzen. Die Folge waren wiederholte Auseinandersetzungen mit der politischen Redaktion des Blattes, die Differenzen mit der Zentrumspartei nach sich zogen.

In massgebenden Zentrumskreisen spricht man Herrn von Papen die Fähigkeit zur Bekleidung des Reichskanzleramtes in der gegenwärtigen schwierigen Zeit entschieden ab!

SPD. Wien, 31. Mai (Eig. Drahtb.)

Der österreichische Nationalrat lehnte am Dienstag das Misstrauensvotum der Sozialdemokratie gegen die Regierung Dollfuss ab. Vorher kam es bei der Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung zu Auftritten, die in ein Handgemenge auszuarten drohten.

In der Sitzung gab Bundeskanzler Dollfuss zunächst eine Erklärung ab, in der er versuchte, die Angriffe, die von der Sozialdemokratie gegen den Heimwehrminister Jakoncig gerichtet worden waren, zu entkräften. Dollfuss behauptete, Jakoncig sei österreichischer Staatsbürger und das Gerichtsverfahren auf das angespielt werde, sei eine reine Zivilsache. Nach dieser Erklärung meldete sich Dr. Bauer (Soz) sofort zum Wort. Er stellte unter grosser Erregung des Hauses fest, dass der Heimwehrminister in Italien Rechtsanwalt gewesen sei und er daher nach dem Kriege unbedingt italienischer Staatsbürger gewesen sein müsse. Er behauptete ferner, dass Jakoncig zweifellos widerrechtlich die österreichische Staatsbürgerschaft erworben habe.

Während Bauers Rede sprangen die Heimwehrrfaschisten von ihren Sitzen auf und stürmten auf die Rednertribüne zu, offenbar in der Absicht, Dr. Bauer

anzugreifen. Es kam deshalb zu einem Zusammenstoss zwischen sozialdemokratischen Abgeordneten und Heimwehrrfaschisten, der 10 Minuten lang unter tosendem Lärm andauerte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung hielt Dr. Bauer seine Behauptung über den Heimwehrminister in vollem Masse aufrecht. Schliesslich wurde zur Abstimmung über den sozialdemokratischen Misstrauensantrag geschritten. Die Grossdeutschen, die nicht der Regierung angehören, verliessen vor der Abstimmung den Saal, sodass die Regierung eine knappe Mehrheit mit 82 Stimmen erringen konnte. Für das Misstrauensvotum stimmten nur die Sozialdemokraten.

SPD. München, 31. Mai (Eig. Drahtb.)

Der bayerische Landtag wählte am Dienstag mit 120 Stimmen den Präsidenten des alten Landtags Dr. Stang von der bayerischen Volkspartei ebenfalls zum Präsidenten. 1. Vizepräsident wurde mit 93 Stimmen der Koburger Nazibürgermeister Schwede, 2. Vizepräsident mit 72 Stimmen der Sozialdemokrat Auer. Sozialdemokraten und Nazis hatten bei der Wahl weisse Stimmzettel abgegeben.

Vor der Wahl des Präsidiums ehrte der Landtag die drei Abgeordneten Dr. Held (Bayerische Volkspartei), Auer und Rosshaupter von der sozialdemokratischen Fraktion, die am 31. Mai 25 Jahre lang ununterbrochen der bayerischen Volksvertretung angehören.

SPD. Paris, 31. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Gerichtsärzte, die mit der Untersuchung des Präsidentenmörders Gorguloff beauftragt waren, haben festgestellt, dass Gorguloff nicht geschlechtskrank ist. Gorguloff soll für seine Tat vollkommen verantwortlich sein.

SPD. Die Kommunistische Fraktion des Preussischen Landtags hat am Dienstag nachmittag die Vertreter der bürgerlichen Presse zu einer Besprechung eingeladen, der alle grösseren Zeitungen einschliesslich der rechtsradikalen "Deutschen Zeitung" Folge geleistet haben. In dieser Konferenz gab der Vorsitzende der kommunistischen Landtagsfraktion Pieck einen Ueberblick über die Haltung der Kommunisten bei der Schlägerei im Landtag und erklärte, die Nationalsozialisten hätten den Ueberfall planmässig vorbereitet. Die sozialdemokratische Fraktion beschimpfte Pieck, weil sie sich nicht an der Schlägerei beteiligt hat.

Pieck äusserte dann über die politischen Absichten der KPD-Fraktion, dass sie nicht die Absicht habe, für den deutschnationalen Antrag auf Wiederherstellung der alten Geschäftsordnung zu stimmen, vielmehr würde sie alles tun, um die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu verhindern. Sie hätten auch nicht die Absicht, für Landtagsauflösung einzutreten, wie die Nationalsozialisten. Vielmehr würden sie den Termin selbst bestimmen, an dem ihnen eine Auflösung des Parlaments zweckmässig erscheine. Schliesslich erklärte Pieck noch, dass die Kommunisten gegen den Individualterror seien und deshalb auch Schlägereien auf der Strasse nicht wünschten. Aber ihre Anhänger würden sich nicht willenlos von einer faschistischen Diktatur überrennen lassen. Sie hätten die Absicht, die Einheitsfront auch mit den christlichen Gewerkschaften zu bilden, an die die KPD herantreten würde.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Vergangene Illusionen.

SPD. Wo sind die Tage geblieben, in denen um Brüning das Lob des Kabinetts der Frontsoldaten, des unerschütterlichen Treueverhältnisses zwischen Brüning und Hindenburg in den höchsten Tönen gesungen wurde? Es ist heute davon nichts übrig als eine literarische Reminiszenz. In einer Monographie über Heinrich Brüning von Rüdiger Robert Beer lesen wir:

"Es war vielleicht der bedeutsamste Augenblick in Brünings Leben, als er sich mit Hindenburg fand als der alte ostelbische Protestant und der vier Jahrzehnte jüngere katholische Westfale ein unausgesprochenes Bündnis für Deutschland schlossen. Nur Monate später war die Lage so, dass auf den Schultern dieser beiden Männer alles stand, was noch deutscher Staat hiess. Ja, dass vielleicht nur diese beiden zwischen Deutschland und dem Chaos standen. Der Ehrfurcht des Jüngeren begegnete ein väterliches Wohlwollen des alten Herrn, das sich in manchem kleinen Zug äusserte. So, wenn er später dem Reichskanzler für die Ostpreussenreise seinen Pelz, den er während des Feldzuges getragen hatte, zuschickte, damit er sich nicht erkälte... In gewissem Sinne nämlich übertrug Brüning Traditionen seiner Soldatenzeit auf die Regierung. Nun wünschte er unter der Handvoll Männer, mit denen er sich dem Schicksal Deutschlands entgegenzustellen suchte, unabhängig von der politischen Herkunft und der persönlichen Haltung der einzelnen Minister, eine kameradschaftliche Verbundenheit zu schaffen. Wie diese Männer sich dem Reichspräsidenten persönlich verpflichteten - "ich verlasse euch nicht und ihr sollt mich nicht verlassen" sagte er ihnen bei der Vereidigung -, so sollte auch die Regierung in sich eine geschlossene Gruppe sein. Je schwerer die Not und je schärfer die Angriffe wurden, um so fester wuchs diese Verbundenheit. Man liess keinen einzelnen fallen..."

So sagt die Legende schwarz auf weiss! Erst fiel Wirth, dann fiel Groener und zuletzt fiel Brüning selbst mitsamt dem ganzen Kabinett der Frontsoldaten. "Ich verlasse Euch nicht, und Ihr sollt mich nicht verlassen". Ein schönes Wort - aber es ist damit ebenso wie mit allen schönen Worten aus der Weltgeschichte. Es ist immer alles ganz anders!

Der Hintermann.

Der Schriftleiter des nationalsozialistischen "Westdeutschen Grenzblattes" ist wegen Verleumdung des Zentrumsabgeordneten und Reichstagsvizepräsidenten Esser zu fünf Monaten Gefängnis und 1 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte Esser nachgesagt, dass er unlautere Beziehungen zur Westmark Industrie G.m.b.H. in Aachen habe, sich dabei persönlich bereichert habe und seine Gewinne nach der Schweiz verschoben habe. Gegen das erstinstanzliche Urteil wurde Berufung vom Angeklagten eingelegt, die Nazipresse veröffentlichte einen öffentlichen Aufruf an alle, die Material für die Berufungsverhandlung gegen Esser zu liefern imstande seien. In der Berufungsverhandlung brachen alle Angriffe auf Esser kläglich zusammen. Der Naziverteidiger musste zugeben, dass die Tätigkeit Essers in Ordnung gewesen sei. Es blieb beim Urteil der ersten Instanz. Dieser Prozess wird durch einen Umstand aus dem Rahmen der üblichen Verleumdungsprozesse über nationalsozialistische Verleumdungen herausgehoben. Die Westmark G.m.b.H. in Aachen führte einen grossen Reparationsauftrag aus. Von diesem Auftrag ist das nationalsozialistische Treiben gegen Esser ausgegangen.

An diesem Antrag ist ein Industrieller der Hauptnutznießer. Er ist so stark daran beteiligt, dass seine Werke ein Viertel der ganzen Auftragssumme erhalten. Er sollte das Material gegen den Vizepräsidenten Esser liefern. So glaubten und hofften die Nationalsozialisten. Denn dieser Industrielle ist der Freund des Herrn Hitler, ist - Herr Fritz Thyssen!

Kein Landesverrat - Wie man sie einschätzt.

Die nationalsozialistische Presse bemüht sich, die Einstellung der Voruntersuchung gegen die SA. wegen Landesverrats als einen Beweis dafür hinzustellen, dass alle schweren und durch Dokumente belegten Beschuldigungen gegen die SA. in dieser Richtung hinfällig wären. Sie verkriechen sich dahinter, dass es juristisch kein Delikt der Vorbereitung zum Landesverrat gibt. Aber die schweren Anschuldigungen können sie damit keineswegs entkräften! Wie man sie in rechtsstehenden Kreisen einschätzt, dafür ein interessantes kleines Beispiel:

In Ostpreussen hat in der Nazipropaganda das Buch eines Reichswehroffiziers "Achtung Ostmarkenrundfunk" eine grosse Rolle gespielt. Das Buch geht von der Annahme aus, dass polnische Truppen in Ostpreussen einfallen. Es wird geschildert, wie der polnische General seinen Plan darlegt. Der Verfasser lässt ihn sagen: "Selbst wenn die deutsche Regierung den Widerstand wollte, würden von rechts- und linksradikaler Seite alle ihre Anordnungen sabotiert werden, denn den Deutschen geht die Partei ja über alles."

Das ist ein Zeugnis dafür, wie ein Reichswehroffizier die Nationalsozialisten und ihre SA. für den Fall der Notwendigkeit der Verteidigung der Grenze einschätzt! Die Nationalsozialisten scheinen diese hochinteressante Stelle vollständig überlesen zu haben!

Von der Sauberkeit der Regierungsmethoden.

Die Behauptung lautet: Naziregierung bedeutet saubere Regierung. Der Beweis sieht folgendermassen aus: Die Naziregierung von Mecklenburg-Strelitz hat einen Lotterievertrag mit einem ausländischen Konsortium abgeschlossen, der den Lande 260 000 Mark bringen soll. Ein Sachverständiger legt im "Deutschen Oekonomist" klar, dass nach Lage der deutschen Lotteriegesetze das ausländische Konsortium nicht auf seine Kosten kommen könne, wenn es nicht im grössten Massstab die Strelitzer Lose, die unmöglich in Mecklenburg-Strelitz untergebracht werden könnten und deren Verkauf in anderen deutschen Ländern verboten ist, im Ausland vertreibt. Im Ausland aber seien Kauf und Vertrieb ausländischer Lose strafbar Handlungen. Wenn seine Vermutungen richtig seien, werde also das Land Mecklenburg-Strelitz von einem ausländischen Konsortium zum Domizil für die Begehung strafbarer Handlungen gemacht. Ähnliches sei bisher in Liechtenstein geschehen. Also - Mecklenburg-Strelitz ein zweites Liechtenstein! Das heisst dann "nationale Reinigung!"

Landsknechte.

Die SA. der NSDAP. ist eine Landsknechtslegion, die frühere Kommunisten enthält. Die jungen Kommunisten, die nicht zu den Nazis gehen wollen, schwärmen von einer anderen Landsknechtslegion. Auf dem Berliner Wedding hat sich eine Kommunistengruppe aufgetan, die von der Aufstellung reindeutscher Abteilungen der Roten Armee auf dem Gebiete des Westens der Sowjetunion schwärmt. Sie wollen eben Landsknechte sein, sei es hier, sei es im Auslande. Bei den Nazis heisst es nationaler Geist, bei den Kommunisten bolschewistischer Geist, in Wahrheit aber ist es der Geist der Fremdenlegionäre!

Aus aller Welt

Der Geschäftspastor.

Cremer's "Verteidigung" im Devaheimprozess - Mit "Atlas" an die Nordsee.

SPD. Jeder Verhandlungstag im Devaheimprozess wird zu einem moralischen Fiasko für den Luxuspastor Cremer, dessen schon leise komisch wirkenden Entschuldigungsversuche bei allen Prozessbeteiligten auf immer grössere Skepsis stossen. Selbst die verzweifelt für eine verlorene Sache kämpfenden Verteidiger scheinen zu resignieren.

Ein ungemein charakteristisches Beispiel für die geradezu grotesken Zustände im Devaheimsumpf gab die Dienstag=Vernehmung des Direktors der "Evangelischen Sterbe=Vorsorge=Versicherungsgesellschaft", Möller. Als man diesen Zeugen fragt, wie es denn komme, dass man die privaten Schulden des Herrn Libbertz in Höhe von 140 000 Mark übernommen habe, betont er mit melancholischer Stimme, dass er dagegen sogleich Einspruch erhoben hätte. Es sei leider umsonst gewesen. Er, Direktor Möller, habe auch gegen den Kauf des Autos von Libbertz durch Pastor Cremer entschieden protestiert, allerdings wiederum mit gänzlich negativem Erfolg. "Ich habe als Revisor alles getan, was ich tun konnte, ich hielt diese Dinge für gänzlich unmöglich. Uebrigens habe ich mich auch scharf gegen die zu hohen Spesen des Pastors Cremer gewandt." Der Besitzer meint darauf sarkastisch: "Der Erfolg ihrer Bemühungen war auch wirklich geradezu durchschlagend. Sie erzielten mit ihren Beanstandungen, dass sogleich zwei weitere Autos gekauft wurden und man anstatt der bisher bewilligten Autospesen von 12 000 Mark 15 000 Mark zahlte. Die Auslagensumme des Pastors Cremer, die 18 000 Mark betrug, wurde umgehend auf 25 000 erhöht. Wie erklären sie sich eigentlich diese seltsame Wirkung ihrer Revisionsfeststellungen?" Der Zeuge kann keine vernünftige Erklärung abgeben und murmelt etwas von "Kompetenzschwierigkeiten". Heute wäre ja alles anders. Es gebe weder Geheimkonten noch Luxusautomobile. Wenn das Kind, d.h. das Ersparnis der armen Leute, ins Wasser gefallen ist, deckt man den Brunnen zu!

Der Unschuldengel.

Dann beginnt der famose Pastor eine Rechtfertigungshymne auf sich selbst zu singen. mit treuherzigem Augenaufschlag stimmt er seine Leier auf die Melodie. Dies Kind, kein Engel ist so rein! Er behauptet bescheiden und zurückgezogen gelebt zu haben und alles in allem das Muster eines soliden Staatsbürgers gewesen zu sein. Seine Einnahmen pro Jahr hätten sich auf "nur" 24 000 beziffert; die Berechnungen der Anklage gingen von falschen Voraussetzungen aus. Bei diesem völlig missglückten Rechtfertigungsversuch passieren dem öligdozierenden Angeklagten einige sehr beachtliche Fehlgriffe. So plaudert er mit biederer Stimme aus, dass er bis zum Jahre 1926 in Potsdam eine Dienstwohnung von 14 Zimmern innegehabt habe. Später habe er sich ein eigenes Haus gebaut, "ohne Luxus, ohne Marmor und Ebenholz". Geradezu köstlich, wie ehrlich es dieser seltsame Seelsorger meint, wenn er sich unfreiwillig selbst ironisiert.

Ein besonders dunkles Kapitel im Lebenswandel des Dr. Cremer ist die Sache mit den "Atlas"-Tantiemen. "Atlas" war eine Versicherungsgesellschaft, von der der geschäftstüchtige Pastor, wie er angibt, viermal eine Tantieme von je 1 550 Mark erhielt. Das erste mal hatte Herr Cremer wohl noch so etwas wie Gewissensbisse, denn er überwies die Summe an die evangelische Versicherungszentrale, beim zweiten und dritten Mal waren die Skrupel bereits restlos ver-

flogen; der Geschäftspastor steckte die 3 000 Mark in die Brieftasche und fuhr zur Erholung an die Nordsee. Melodramatisch und rührend geradezu, wenn der Luxuspastor, um seine Bescheidenheit zu illustrieren, feststellt, dass er nur alle zwei bis drei Jahre ins Theater und in ein Konzert gegangen sei. Mit dieser Bemerkung illustriert der Devaheimler höchstens die Tiefe seines geistigen Niveaus.

Vergeblich gewarnt!

Aufs schwerste belastend für den Angeklagten ist die Aussage des Direktors Voth, der Vorstandsmitglied bei der "Deuzag" der Deutschen Entschuldungs- und Zwecksparkasse war. Der Zeuge hat schon Ende 1930 in seiner damaligen Stellung als Geschäftsführer der Deuzag die schwersten Bedenken gegen die Geschäftsführung des Unternehmens gehabt. In einem Brief, den er an Dr. Cremer richtete und der vor Gericht verlesen wurde, spricht Direktor Voth davon, dass die Politik des Unternehmens die Sparer aufs schwerste gefährde. Die schrankenlose Uebernahme der Devaheimverpflichtungen müsse sich verhängnisvoll auf die Deuzag auswirken. Sein Gewissen verbiete ihm, diese katastrophale Entwicklung zu decken oder mitzumachen. Auf diesen Brief hat Herr Cremer überhaupt nicht geantwortet. Auf ein zweites, noch dringlicheres Schreiben des Zeugen erwiderte der Pastor nichtssagend und ausweichend. Direktor Voth, der, in dieser Atmosphäre etwas völlig Ungewöhnliches, Verantwortungsgefühl und Gewissen besass, zog daraus die für einen anständigen Menschen allein mögliche Konsequenz und trat fristlos aus dem Unternehmen aus. Als der Zeuge bei einer mündlichen Unterredung mit aller Energie darauf hinwies, dass die Deuzag nicht alle ihre Sparanlagen restlos hergeben dürfe und dass sie vor allen Dingen ihre Sparer sicher zu stellen habe, meinte der gemütvollere Herr Cremer: "Dafür trägt der Aufsichtsrat die Verantwortung." Und Herr Jeppel, seines Zeichens Generaldirektor, erklärte, als ihm gleichfalls dringliche Vorstellungen gemacht wurden, mit der ihm eigenen Weltmannsgeste: "Es wird schon nichts passieren, wenns drauf ankommt, wird die Kirche einspringen."

Wie übrigens bei Cremer & Co. mit dem Geld anderer Leute Grosszügigkeit markiert wurde, beweist der Beginn der Laufbahn des Direktors Voth. Herr Voth, der zuerst, um sich einzuarbeiten, volontierte, erhielt in dieser Position ein Monatsgehalt von 750 Mark. Wirklich nobel -, aber auf wessen Kosten -?!

Eine Fürsorgehölle. Am Dienstag begann vor der Grossen Strafkammer des Landgerichts Prenzlau (Uckermark) ein Prozess, der Aufklärung bringen soll über den Skandal in der von der Inneren Mission geleiteten Fürsorgeanstalt Waldhof bei Templin. Auf der Anklagebank sitzen sieben Jugenderzieher. Es werden ihnen schwere Misshandlungen der ihnen anvertrauten Zöglinge, zum Teil auch unsittliche Handlungen vorgeworfen. Der Direktor der Anstalt, Pfarrer Grüber, ist vorläufig noch nicht angeklagt. Er wird als Zeuge erscheinen. Von den Angeklagten, meist pädagogisch vollkommen unausgebildeten Landwirten, ist besonders schwer belastet, der Erzieher Willi Franke, der die Rolle des "Direktionsstellvertreters" und praktischen Leiters der Anstalt gespielt hat.

Franke sagt aus: "Wir haben alles getan, um den Jungen die grösste Behaglichkeit zu bieten. Ich war zu ihnen wie ein Vater. Und die Strafzellen, in die keiner länger als 2 - 3 Tage, meistens nur ein paar Sturien gebracht wurde, hiessen Besinnungsräume. Misshandelt worden ist nie ein Zögling. Wurde einer geschlagen, dann war es nur aus Liebe und um ihm zu helfen." Nachdem durch Fragen des Staatsanwalts festgelegt worden war, dass sich manche der so liebevoll behandelten Zöglinge wochenlang, ja sogar monatelang in den "Besinnungszellen" besinnen mussten, räumte der Angeklagte Franke ein, dass er allerdings das eine oder andere Mal den Zöglingen auch "recht gründliche Denkkzettel" verabreicht hätte, "damit ihnen ihre Missetaten zum Bewusstsein kämen". Aber der Angeklagte will doch immer nur darauf bedacht gewesen sein, den Jungen zu helfen. Als der Vertreter der Nebenkläger den Erzieher Franke

gefragt hatte, wie er sich Hilfe vorstelle, die aus Schlägen mit Gummischläuchen, Fusstritten und Züchtigungen mit Leibriemen besteht, antwortete der Angeklagte: "Solche Massnahmen waren nötig, um die Autorität der Erzieher aufrecht zu erhalten. Mir haben die Schläge mehr weh getan, als den geschlagenen Jungen. Prügeln ist eine Weltanschauungsfrage. Ich bin im alten Sinne erzogen und weiss das zu schätzen." Aus seiner Weltanschauung heraus hat Franke, wie das Gericht dann feststellte, einmal einen Jungen mit einem über 30 Zentimeter langen, dicken Holzknüttel so geschlagen, dass der Knüttel in Stücke ging. Und gleichfalls aus weltanschaulichen Gründen hat Franke einen Fusschemel auf dem Rücken eines Zöglings zertrümmert....

+ + +

Hans-Georgs Todesnacht. Im Gubener Giftmordprozess schilderte der als Zeuge vernommene Ehemann der angeklagten Frau Else Ziehm, die sich gemeinsam mit ihrer Schwiegermutter, unter der Beschuldigung, ihren achtjährigen Sohn Hans-Georg vergiftet zu haben, zu verantworten hat, die Vorgänge in der Todesnacht: "Ich war im Schlaf, als der schreckliche Schrei ertönte. Meine Frau und ich stürzten ins Zimmer. Der Junge lag mit dem Oberkörper über dem Bett meiner Schwiegermutter. Ich nahm ihn in den Arm und schrie sofort: Der Junge ist ja vergiftet! Die Augen des Kindes waren schon gebrochen... Meine Frau schrie auch auf, als sie den Jungen sah... Als ich nach dem Tod des Kindes ins Wohnzimmer zurückkam, standen schon Kaffeetassen bereit. Meine Schwiegermutter sagte zu mir: "Nun beruhige Dich doch. Der Arzt hat doch gesagt, der Junge ist an Herzschwäche gestorben." Meine Frau machte mir noch in der Todesnacht den Vorschlag den Jungen doch am besten verbrennen zu lassen. Ausserdem drängte meine Frau sehr um den Totenschein. Als ihr später die Mitteilung überbracht wurde, dass die kleine Leiche beschlagnahmt sei, wurde sie sehr unruhig. Bei den ersten Vernehmungen wurde ich durch die Frage des Amtsgerichtsrats stutzig, ob Chlorkali in meinem Hause sei." Der Vorsitzende stellte fest, dass Frau Ziehm kurz vor dem Mordtag in Frankfurt a.O. 100 Gramm chlorsaures Kali eingekauft habe. Von dieser Reise hat Ziehm nichts gewusst.

+ + +

Rätsel der Heimkehr. Auf die Büros der "Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" und des "Zentralnachweisamtes für Kriegerverluste und Kriegergräber" in Berlin-Spandau hat ein plötzlicher Fragesturm eingesetzt: die kürzlich erfolgte Heimkehr eines seit der Sommeschlacht vermissten deutschen Kriegsteilnehmers Daubmann aus Ensingen (Baden) hat in Tausenden die Hoffnung erweckt, dass auch ihre vermissten Angehörigen eines Tages zurückkehren könnten. Daubmann hat angegeben, dass er in französische Gefangenschaft geraten sei, bei einem Fluchtversuch einen Wächter erschlagen habe, nach Innerafrika verbannt worden wäre und erst nach einem 5000 Kilometer langen Fluchtmarsch einen italienischen Küstendampfer erreicht hätte. Die Heimkehr zu den noch lebenden Eltern erfolgte über Neapel. Daubmann ist begreiflicherweise vollkommen erschöpft. Eine erste amtliche Vernehmung lässt seine Angaben als wahr erscheinen; indes steht man an anderer Stelle seinen Berichten skeptisch gegenüber. Man weist darauf hin, dass die französische Regierung in der Auslieferung der Kriegsgefangenen vollkommen korrekt verfahren sei und mehrfach bestätigt habe, dass sich kein Gefangener mehr in Frankreich oder in den Kolonien befände, sofern er dort nicht freiwillig verblieben sei. Eine amtliche Aufklärung der Angelegenheit ist bald zu erwarten.

+ + +

Der neue Piccard-Flug. Der belgische Stratosphärenfliegerprofessor Piccard, war in Zürich, um die dort bestehenden Aufstiegsmöglichkeiten zu seinem zweiten Stratosphärenflug zu prüfen. Eine endgültige Entscheidung über den Flug ist noch nicht gefallen. Piccard plant abermals eine Analyse der sogenannten kosmischen Strahlen. Er wird sich diesmal von dem belgischen Physiker Cosyns begleiten lassen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Frankreichs Gewerkschaftsbewegung.

SPD. Die Reihe der von der Gewerkschaftsinternationale herausgegebenen Bücher über die Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern ist um einen neuen Band vermehrt worden. In ihm schildert der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, Leon Jouhaux, in knapper, aber sehr anschaulicher Form die Entstehung, Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

Der Ausgangspunkt der französischen Gewerkschaftsbewegung ist nach Jouhaux' Darstellung die Revolution von 1789. Die Aktion der Arbeiterklasse war naturgemäss von vornherein auch in Frankreich gegen die Ausbeutung durch die Unternehmer und gegen die Unterdrückung durch den Staat gerichtet. Es bildeten sich geheime "Widerstandsgesellschaften" und ähnliche Vereinigungen, die zum Beispiel bei dem Streik der Lyoner Seidenweber im Jahre 1831 mit den Waffen in der Hand die Interessen der Arbeiterschaft verteidigten. Die Revolution von 1848 weckte neue Hoffnungen, die aber arg enttäuscht wurden. Die bürgerliche Republik konnte das Arbeitslosenproblem nicht meistern. Die "Staatswerkstätten" wurden aufgelöst, es kam zum Arbeiteraufstand, der erbarmungslos niedergeschlagen wurde. Die Arbeiterklasse lag abermals am Boden und nahm die Ausrufung des zweiten Kaiserreichs im Jahre 1851 völlig gleichgültig auf. Erst später erwachte sie zu neuem Leben. Starken Auftrieb erhielt sie durch die Gründung der Londoner Internationale und bis zum Ende des zweiten Kaiserreichs hatte sich die Gewerkschaftsbewegung verhältnismässig grossen Einfluss zu sichern verstanden. Der Kommuneraufstand nach dem deutsch-französischen Krieg vernichtete von neuem die Errungenschaften. Abermals musste von vorn angefangen werden. Neue Arbeitervereinigungen, sogenannte Gewerkschaftskammern, bildeten sich, zunächst sehr schüchtern. Diese Kammern konnten aber bereits 1876 in Paris und 1878 in Lyon Kongresse abhalten. Aber erst 1895 gelang es nach einer Periode der Konfusion, die durch Gründung mehrere sozialistischer Parteien und eines der, von Jules Guesde geschaffenen, Arbeiterpartei angegliederten Gewerkschaftsverbandes charakterisiert ist, in Limoges einem von jedem politischer Einfluss freien neuen Gewerkschaftsbund, die Confederation Generale du Travail zu gründen.

Damit begann ein neuer Abschnitt in der französischen Gewerkschaftsbewegung. Ihre Einheit war aber noch lange nicht verwirklicht; denn neben dem Gewerkschaftsbund bestand der 1892 gegründete Verband der Arbeitsbörsen. Unter Arbeitsbörse versteht man in Frankreich nicht nur ein einfaches Büro für Stellenvermittlung, sondern auch einen Organisations- und Konzentrationspunkt der Kräfte der Arbeiterbewegung. Die Arbeitsbörsen, die entweder städtische Gebäude oder von den Arbeiterorganisationen aus eigenen Mitteln erbaute "Volkshäuser" sind, dienen den verschiedenen lokalen Gewerkschaften als Büro- und Versammlungshäuser, die zugleich Bibliotheken und andere gemeinnützige Einrichtungen wie berufliche Unterrichtskurse und dergleichen beherbergen. Diese Arbeitsbörsen haben einen grossen Einfluss auf die Entwicklung der Ideologie der Arbeiterentwicklung ausgeübt. Obgleich in Limoges der Versuch gemacht wurde, die Arbeitsbörsen zugleich mit den lokalen und beruflichen Gewerkschaften in dem Gewerkschaftsbund zusammenzufassen, führte der Verband der Arbeitsbörsen wei-

ter ein autonomes Dasein, ja drei Jahre später kam es sogar wieder zu einer förmlichen Trennung. Der Gewerkschaftsbund wurde als die Vertretung der beruflichen und der Verband der Arbeitsbörsen als die Vertretung der lokalen Gewerkschaften anerkannt. Erst 1902 kam in Montpellier eine Einigung zustande in der Form, dass der Gewerkschaftsbund die Verbindung von zunächst noch zwei autonomen Elementen, nämlich der nationalen Berufsverbände und der lokalen Arbeitervereinigungen (Arbeitsbörsen) darstellt.

Trotz der Durchführung der Gewerkschaftseinheit gab es innerhalb des Bundes noch heftige Meinungsverschiedenheiten über die Beziehungen zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Aktion der Arbeiterklasse, bis sich schliesslich der Kongress von Amiens im Jahre 1906 mit erdrückender Mehrheit für die vollständige Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von jeder politischen Richtung aussprach.

Der Weltkrieg brachte natürlich wie überall eine Lähmung der Bewegung mit sich, aber unmittelbar nach seiner Beendigung und besonders nach der Gründung der Gewerkschaftsinternationale begann eine kräftige Wiederaufbauarbeit, verbunden mit einer Reform der Statuten, die die Autonomie der beiden Abteilungen: Berufsverbände und Departementsvereinigungen beseitigte und die jetzt bestehenden einheitlichen Bundesorgane schuf, nämlich den nationalen Bundesausschuss, bestehend aus je 1 Vertreter der Berufsverbände und der Departementsvereinigungen, den Bundesvorstand, bestehend aus 5 Mitgliedern, die Verwaltungskommission, zusammengesetzt aus 35 Gewerkschaftern von Gross-Paris, und die Kontrollkommission zur Ueberwachung der Kassenführung und des Dienstbetriebes. Die oberste Instanz des Bundes ist natürlich der Kongress, der alle zwei Jahre zusammentritt.

Schon Ende 1918 wurde ein neues Mindestprogramm der C.G.T. einstimmig angenommen, das die Arbeit für die Aufrechterhaltung des Friedens, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker, Anerkennung des Gewerkschaftsrechtes für alle Staatsbeamten, Achtstundentag, Einrichtung einer Sozialversicherung, Schaffung eines Landwirtschaftsrates usw. umfasste. Die Erfolge, die der Bund in einzelnen dieser Fragen erzielte, weckten neue Hoffnungen, aber sie wurden mit einem Schlage durch die im Jahre 1921 vollzogene Abspaltung der kommunistischen Elemente und die Gründung eines kommunistischen Gewerkschaftsbundes zunichte gemacht, zu dem zahlreiche Berufsverbände und Departementsvereinigungen übergingen. Die Existenz der C.G.T. war einige Zeit gefährdet, aber bald wurde der Neuaufbau in Angriff genommen, und schon auf dem Pariser Kongress 1923 konnte die C.G.T. den Erfolg dieser Arbeit darlegen. Seitdem hat sich die C.G.T. trotz aller Versuche des kommunistischen Gewerkschaftsbundes, unter dem Motto "Einheitsfront der Arbeiterbewegung" ihre Organisation zu zerschmettern und einen neuen gemeinsamen Bund zu gründen, kräftig weiterentwickelt, während es mit dem vollkommen unter Moskauer Einfluss stehenden Kommunistischen Verband, besonders seit dem letzten Pariser Kongress, immer mehr abwärts geht. Zu dem Wiederaufschwung der C.G.T. hat wesentlich der Beitritt der Beamtenverbände beigetragen.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund ist unter Jouhaux' Führung trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände, die der Bund und seine Vorgänger zur überwinden hatten, heute zu einer Macht im Staate geworden, auf die die französische Arbeiterschaft stolz sein kann.

SPD. Für das rheinische Stückgewerbe wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach der Stundenlohn in Köln 1,10, statt bisher 1,45, in Düsseldorf 1,01 in Coblenz 97, in Aachen und Trier 94 Pfennig betragen soll. Diese Sätze sollen ab 1. September nochmals um 2 bis 5 Pfennige gekürzt werden. Für die Neuregelung ist eine Geltungsdauer bis zum 30. November vorgesehen.

SPD. Der Generalrat der Internationalen Textilarbeitervereinigung hielt in Karlsbad eine Tagung ab. Zwei Fragen standen im Vordergrund der Beratungen: die Erhebung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Textilindustrie und die Frage des Mehrstuhlsystems. Der Generalrat sprach sich gegen die Einführung des Mehrstuhlsystems aus, das eine falsche Rationalisierung darstelle und nur die Ermüdung der Arbeiter erhöhe. Auf Antrag der Vertreter Englands, Frankreichs und Belgiens nahm der Generalrat eine Entschliessung an, die sich dafür ausspricht, dass nicht nur alle Veröffentlichungen des internationalen Arbeitsamtes in deutscher Sprache erfolgen, sondern dass auch die deutsche Sprache offiziell in Genf als Verhandlungssprache zugelassen werde.

Der Textilarbeiterinternationale sind nach dem Bericht des Sekretariats 16 Länder mit rund 862 000 Mitgliedern angeschlossen. Der Aufnahme Jugoslawiens wurde zugestimmt.

Der nächste internationale Kongress soll 1935 in Luzern stattfinden.

SPD. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat, um den unberechtigten Bezug von Arbeitslosenversicherung einzuschränken, schon seit August 1930 ihren Aussendienst zur Kontrolle der Unterstützungsempfänger neu organisiert und verschärft. In der Zeit vom 1. Oktober 1930 bis zum 30. September 1931 hat der Aussendienst insgesamt 460 000 Unterstützungsfälle nachgeprüft und bei 110 000 oder 24 Prozent eine nochmalige Entscheidung über die Unterstützung herbeigeführt. Das hatte in 65 000 Fällen (gleich 14 Prozent der geprüften Fälle) eine Änderung der früheren Entscheidung zur Folge. Als finanzielle Auswirkung ergab sich eine Ersparnis an Unterstützungsmitteln in Höhe von etwa 3½ Millionen Mark, zu denen, wie die Reichsanstalt betont, die Kosten des verstärkten Aussendienstes in keinem Verhältnis stehen.

SPD. Die Lohntarifverhandlungen im Baugewerbe sind so gut wie abgeschlossen. Der Lohnabbau ist in den einzelnen Lohngebieten durch vielfach brutale Schiedssprüche festgelegt worden. Bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium, bei denen es sich für die Gewerkschaften um die Verteidigung der nackten Existenz der Bauarbeiter handelte, musste über Einzelinteressen hinweg das Ganze fest im Auge behalten werden. Eine der bedenklichsten Bestimmungen in den Lohnschiedssprüchen ist, dass die Dauer der Lohnfestsetzung fast überall willkürlich bestimmt wurde. Dabei schreibt der allgemeinverbindliche Reichstarifvertrag ganz klar vor, dass neue Löhne auf die Dauer eines Jahres - im vorliegenden Fall also bis Frühjahr 1933 - Geltung haben müssen. Die Bauarbeiter erwarten, wie der "Grundstein", das Organ des Bauwerksbundes betont, ganz bestimmt, dass in dieser Richtung dem Recht und nicht zuletzt auch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung getragen wird. Als selbstverständlich nehme man auch an, dass die festzusetzenden Löhne für alle Geltung haben müssen. Die Allgemeinverbindliche Erklärung dieser Löhne sei eine unumgängliche Notwendigkeit; denn das Elend der Bauarbeiter habe ja gerade darin bestanden, dass alle seit dem Frühjahr 1931 festgesetzten Löhne nie für allgemein verbindlich erklärt wurden.

Überall wurden die Lasten aus der katastrophalen Geschäftslage des Baugewerbes auf die Arbeiter abgewälzt. Das Bauen dürfte sich jetzt billiger stellen als vor dem Krieg. Trotzdem sieht es gar nicht danach aus, als ob in absehbarer Zeit eine Ankurbelung des Baugewerbes einsetzt.

Wirtschaft Technik Handel

Wie 1923.

Inflationshausse an der Berliner Börse.

SPD. Die Berliner Börse hatte am Dienstag, nach langer dürerer und trockener Zeit, wieder einmal einen grossen Tag. Die Aktienkurse stiegen. Die Notierungen überboten sich. Die ganze Bewegung griff auch auf den Produktenmarkt über. Getreide und Mehl konnten ganz erheblich im Preise anziehen. Man reisst sich wiederum um die Ware, um den Sachwert. Alles wie in den Tagen der grossen Inflation! Wer das Schauspiel am Duenstag an den Berliner Börsen miterlebt hat, konnte nur zu dem Schluss kommen: das riecht nach 1923.

In der Inflation unseligen Angedenkens war es so: Wenn die Mark wiederum einen Knacks erhielt, wenn sich der Wert der Mark halbierte und der Wert der Devisen sich verdoppelte und vervielfachte, dann kratzten die, die es noch dazu hatten, den Rest ihrer Papierscheine zusammen. Die Suche nach den Sachwerten begann. Man kaufte Nahrungsmittel in unglaublichen Mengen, man kaufte Grundstücke besonders auf dem Lande, für Töchter und Enkelkinder Braut- und Zimmerausstattungen, man kaufte Schmucksachen, man kaufte Silberkästen, Klaviere, Grammophone, schliesslich auch Maschinen, die unnütz und nicht zu benutzen waren, man kaufte alles. Man kaufte eben Sachwerte! Dann ging es auf die Börse los. Industrieaktien! Dahinter steckte ja der Sachwert. Industrieaktien musste man haben, wenn man Sachwerte haben wollte. So begann der grosse Börsentaumel von 1922 und 1923. Die Kurse überschlugen sich. Die Fachleute suchten aus dem Kurszettel sogenannte Rosinen, Papiere, die bisher den Sturz der Mark in die Millionen und Milliarden noch nicht mitgemacht hatten. Leute, die von den volkswirtschaftlichen Funktionen der Börse überhaupt keine Vorstellung hatten, wurden über Nacht Käufer an der Börse, Spekulanten. Man gab Aufträge, man limitierte, man kaufte bestens und in den meisten Fällen auf jeden Fall. Fort mit den Papierlappen! Her mit dem Sachwert, her mit der Industrieaktie! Man las Börsenberichte. Man abonnierte auf Geheim- und Spezialtips, man richtete Konten ein, man kam sich vor wie der liebe Gott in Frankreich. Die fürchterliche Demoralisation weiter Kreise der Bevölkerung überschwebte jede vernünftige Ueberlegung. Die Papierlappen wurden mit vollen Händen ausgegeben, Lasterhöhlen taten sich auf um die Zügel der Besessenen und des Taumels in nächtlicher Stunde aufzunehmen. Der Nackttanz kam auf. Das war die Inflation!

Schliesslich war es eine ungeheure Verschwendung deutschen Volksvermögens. In der Inflation wurde in Deutschland klein gemacht, was Krieg und Ruhrkampf übrig gelassen hatten. Was damals verplempert, verjubelt, verprasst, verspekuliert wurde, das fehlt uns jetzt an Kapital in unsrer Volkswirtschaft. Die Kapitalsvernichtung in der Inflation 1922 und 1923 hat das Volk durch die gegenwärtige Krise bitter büssen müssen. Denn jede Inflation ist Verschwendung von Werten. Jede Inflation kann nur auf Kosten der breiten Massen, auf Kosten der Alten, Kranken und Invaliden, auf Kosten der Sparsamen und der Arbeitenden, auf Kosten der Arbeitslöhne und der Gehälter gehen.

Das fürchterlichste Dokument der deutschen Inflation ist wohl jene amtliche Feststellung, dass Düsseldorfer Kinder die Müllkästen nach Essbarem vor jenen Hotels durchsuchten, in denen die Ententeoffiziere mit deutscher Halbwelt dinierten und supierten.

Man fragt sich, wie ein Volk das alles in kaum zehn Jahren vergessen kann? Man hat es vergessen. Es gibt heute in Deutschland eine Riesenpartei, eben die Nationalsozialistische Partei, die auf eine neue Inflation lossteuert. Wenn die Nationalsozialistische Partei das nicht wahr haben will, so hat sie doch in Millionen von Köpfen die Verantwortungslosigkeit vor Experimenten einge-
hämert, die unbedingt zur Inflation führen müssen. Es gibt heute auch in Deutschland ein bankrottes Grossagrariertum, das ganz offen Inflation will, um seine Schulden los zu werden. Es gibt Industrielle, die offensichtlich Inflation wollen, ebenfalls um ihre Schulden los zu werden und am Kapitalopfer vorbeizukommen. Das sind die Wurzeln neuer Inflation. Und es ist kein Zufall, dass sich Grossagrarien und Schwerindustrielle dieses Kalibers für die Hitler Partei erwärmen. Bei Grossagrarien und Schwerindustriellen kann man es begreifen. Bei den Millionen, die für Hitler stimmen nicht. Denn die Millionen müssen bezahlen, was die andern in der Inflationshause zusammen zu jobbern gedenken.

Was wir am Dienstag an der Berliner Börse erlebt haben, war Inflationshause. Man tauschte Rentenwerte gegen Industrieaktien. Man flüchtete aus der Anleihe, um Sachwerte zu erhalten. Typische Inflation! Die Kurse sind am Dienstag bis 5, 8 und 10 Prozent gestiegen, gerade wie vor 10 und 11 Jahren. Man kaufte wieder Siemens, Farben, Kaliwerte, Rheinstahl, Phönix, Vereinigte Stahlwerk u.a.m.

Wir hoffen, dass der Brand, der sich am Dienstag zeigte, beschränkt bleiben wird.

Wenn nicht, dann ist das das Ende. Eine neue Inflation ist das Chaos.

SPD. Das Reichstatistische Amt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Mai 1932 auf 121,1 gegenüber 121,7 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,5 v.H. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen ausser der Wohnung, die mit 121,4 unverändert geblieben ist, beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 0,6 v.H. auf 112,7, für Heizung und Beleuchtung um 1,5 v.H. auf 133,8, für Bekleidung von 0,4 v.H. auf 117,8, für "Sonstiger Bedarf" von 0,1 v.H. auf 166,5. In der Bedarfsgruppe Heizung und Beleuchtung sind die Preise für Hausbrand durch die Gewährung von Sommerpreisabschlägen zurückgegangen.

SPD. Seit Tagen richten die Rechtskreise konzentrische Angriffe gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther. Man verlangt den sofortigen Rücktritt Luthers und begründet diese Forderung damit, dass die Nationalsozialistische Partei ein neues Kabinett ohne den Rücktritt Luthers nicht tolerieren könne. Das Haupt Luthers müsse deshalb unbedingt fallen. Luther müsse Brüning folgen.

Demgegenüber erfährt man aus der Reichsbank, dass Luther nicht daran denke, den Forderungen der Rechtskreise nachzugeben. Auch wird darauf hingewiesen, dass eine Amtsenthebung nicht ohne weiteres möglich ist. Die Amtszeit Luthers läuft bis zum Januar 1934. Will man den Reichsbankpräsidenten vorher beseitigen, dann ist dazu eine Änderung des Reichsbankgesetzes notwendig. Eine Änderung des Reichsbankgesetzes bedingt aber, dass man den Änderungsvorschlag dem Verwaltungsrat der Bank für Internationale Zahlungen vorzulegen hat. Luther kann nun für sich in Anspruch nehmen, dass er mit seiner ganzen Persönlichkeit dafür eingetreten ist, die Mark zu halten und eine neue

Inflation zu verhüten. Die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat, die in der Folge zur vierten Notverordnung führten, haben das mit aller Deutlichkeit gezeigt. Neben den Gewerkschaftsführern war es besonders Dr. Luther, der den Forderungen der Schwerindustrie und der Grossagrarien nach einer neuen Inflation mit aller Entschiedenheit entgegentrat. Wenn nun die deutsche Regierung die eigene Gesetzesmaschine und den Apparat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Bewegung setzt, um den Mann zu beseitigen, der die Festigkeit der deutschen Währung verbürgt und repräsentiert, dann bedeutet das eine Schädigung des deutschen Ansehens, die ohne Beispiel ist. Aber für derartige "Kleinigkeiten" scheint unseren Rechtskreisen das nötige Gefühl abzugehen.

Die Kämpfe gegen Luther, die ja schon seit geraumer Zeit in der nationalsozialistischen Presse geführt worden sind, gehen in ihrer diesmal verstärkten Form von Hugenberg aus. Der Bogenschütze Hugenbergs ist ohne Zweifel der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Bei Schacht handelt es sich um die bekannte Postenjägerei und Personalschieberei. Schacht ist also auf diesem Gebiet noch ziemlich harmlos. Dagegen muss man von Hugenberg annehmen, dass er Luther beseitigen will, um den Weg für die Entschuldung von Grossgrundbesitz und Schwerindustrie durch eine neue Inflation freizumachen.

Der Rücktritt Luthers wäre also das Signal für eine neue Inflation!

 Berliner Viehmarkt.

(31. Mai.)

SPD. Mit rund 15 000 Tieren war der Schweinemarkt äusserst reichlich besetzt, worauf die Preise durchweg nachgaben. Auf dem Hammelmarkt konnten die letzten Notierungen behauptet werden. Dagegen war die Preisentwicklung auf dem Kälbermarkt uneinheitlich. Der Rindermarkt hatte nicht genügend Besetzung, was sich in den Notierungen ausprägte.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) = (-), b) (240-300 Pf.) d) 35 = 36 (37), c) (200 = 240 Pf.) 34 = 36 (35-36), d) (160 = 200 Pf.) 31 = 33 (33-35), e) (120-160 Pf.) 28 = 21 (31-32). Sauen 30 = 31 (30-32). Schafe: a) 35-36 (35-37), b) 33-34 (33-35), c) 28-32 (28-32), d) 18-27 (20-28.) Kälber: b) 40 = 49 (42 = 50), c) 27 = 40 (28-40), d) 18 = 25 (18-25). Kühe: a) 26-27 (24-27), b) 22-24 (20-23), c) 16-20 (15-19), d) 12-15 (12-14).

 Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle vom 31. Mai. RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision). Kohlrabi Freiland Schock 1 = 2,50, Radieschen Schockbund 1 = 1,50, Meerrettich 50 kg 40-50, Porree je nach Grösse Schock 1,50 = 3. Petersilie grün je nach Grösse 100 Bd. 3 = 5, do. m. Wurzel 50 kg 6 = 10, Salat Freiland 100 Kopf 2 = 8, do. Dresdene 6 = 8, Spinat 50 kg 4 = 6, do. Blatt 5 = 6, Gurken Treibhaus 100 Stck. 10 = 25, do. holl. 20-30, lose 20-28, do. III. gebündelt 12-18, lose 10-15, do. unsortiert 25-33, grüne Bohnen ital. br. 32-36, Schoten ital. 12 = 18, Tomaten Treibh. 45-50, do. Holl. Treibhaus 40-48, do. kanar. Kiste 3,50-5, Rhabarber Freiland 1,50 = 2.

Preise steigen.

(Berliner Getreidebörse vom 31.Mai)

SPD. Am Dienstag waren an der Berliner Produktenbörse starke Preissteigerungen, namentlich für die Herbstsichten, festzustellen. Zum guten Teil ist diese Festigkeit auf fehlendes Angebot zurückzuführen, während andererseits die Kauflust recht rege war. Zum Teil bringt man diese Bewegung damit zusammen, dass infolge des Sturzes der Regierung Brüning die Möglichkeit einer Währungsveränderung besteht. In effektiver Ware war das Angebot an märkischem Weizen kleiner, während billiger schlesischer Weizen ausreichend zur Verfügung stand. Herbstware war bei knappem Angebot rege gefragt und konnte um 4 bis 5 Mark im Preise anziehen. Roggen folgte im allgemeinen dieser Bewegung, wenngleich hier die Preisgewinne erheblich niedriger waren. Am Markte der Zeitgeschäfte zog Weizen in den vorderen Sichten um 2 bis 3 Mark, zur Septemberlieferung um 5 Mark an, während Roggen für die vorderen Sichten $1\frac{1}{2}$ und für Septemberlieferung 3 Mark gewinnen konnte. Aehnlich war die Lage im Mehlgeschäft, das sich für prompte Ware schleppend bei unveränderten Preisen gestaltete. Herbstware, insbesondere Weizenmehl, war rege gefragt, sodass die Forderungen der Mühlen hier um 75 Pfennig bis 1 Mark erhöht waren. Auch Hafer hatte festere Tendenz, wengleich hier die höheren Forderungen der Landwirte nur schwer bewilligt wurden.

| | <u>30.Mai</u> | <u>31.Mai</u> |
|-------------------------------|--------------------------------|---------------|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 267 - 269 | 267 - 269 |
| Roggen | 196 - 198 | 196 - 198 |
| Braugerste | - | " |
| Futter- und Industrierogerste | 175 - 182 | 175 - 182 |
| Hafer | 160 - 163 | 161 - 164 |
| Weizenmehl | 32,00-35,50 | 32,25-35,75 |
| Roggenmehl | 25,75-27,70 | 25,75-27,75 |
| Weizenkleie | 10,75-11,25 | 10,75-11,25 |
| Roggenkleie | 9,50-10,00 | 9,50-10,00 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 283, Juli 275, September 234,50-235, fest. Roggen Mai -, Juli 189, September 185,50 bis 186, fest. Hafer Mai 169-171, Juli 176, September 154-154,50, fester.

Rauhfutternotierungen.

| | |
|---|--------------------|
| Drantgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) | RM 1,25 - 1,45 |
| " Weizenstroh " | " 1,05 - 1,15 |
| " Haferstroh " | " 1,05 - 1,15 |
| " Gerstenstroh " | " 1,05 - 1,15 |
| Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt | " 1,25 - 1,55 |
| Bindfadengepresstes Roggenstroh | " 1,15 - 1,35 |
| " Weizenstroh | " 1,-- - 1,15 |
| | Tendenz still |
| Häcksel | " 1,80 - 2,05 |
| Handelsübliches Heu, gesund und trocken | " 1,45 - 2,65 |
| Gutes Heu, gesund und trocken | " 2,10 - 2,50 |
| Luzerne, lose | " 2,60 - 2,80 |
| Thymothee, lose | " 2,50 - 2,80 |
| Kleheheu, lose | " 2,30 - 2,60 |
| Drantgepresstes Heu | " 0,40 über Notiz. |
| | Tendenz still. |